

„Es ist Zeit, sich zu organisieren...“

„Was am Dienstag in Massachusetts geschah, war ein Alarmaufruf an uns alle“, erklärt der AFL/CIO-Präsident Richard Trumka angesichts der schweren Niederlage der Kandidatin Obamas in Massachusetts, der traditionellen Hochburg der Demokraten.

Diese Niederlage offenbart den tiefen Graben, der sich zwischen Obama und seiner sozialen Wählerbasis, die ihn vor über einem Jahr gewählt hat, geöffnet hat.

„Es war das Signal für eine Revolte der Arbeiterklasse in dieser Wirtschaftskrise, in der das amerikanische Volk Arbeitsplätze forderte (...)“

Das ist die Revolte der Arbeiter dagegen, dass Milliarden und Abermilliarden Dollar an die Banken fließen, während die Entlassungswelle rollt. „Die amerikanischen Arbeiter fordern jetzt den radikalen politischen Wechsel“.

Erinnert uns das nicht eindringlich direkt an die „Revolte der Arbeiterklasse“, die in der Bundestagswahl am 27. 9. 2009 in der Wahlverweigerung von Millionen Arbeitnehmerwählern gegenüber der langjährigen Regierungspolitik der SPD zum Ausdruck kam?

War das nicht ein „Alarmaufruf“ an die gesamte Arbeiterbewegung, besonders aber an die Arbeitnehmerbasis der SPD, sich zu erheben für den sofortigen radikalen Bruch mit der bisherigen Politik und Führung der SPD?

GewerkschaftskollegInnen und GenossInnen haben als Antwort den Kampf aufgenommen für eine wirkliche Erneuerung der SPD; für die Öffnung der SPD für die Forderungen der arbeitenden Bevölke-

rung und der Jugend und ihrer Gewerkschaften; für die Verpflichtung der SPD auf Sofortmaßnahmen zu ihrem Schutz vor den Schlägen der Krise.

Doch diese Bestrebungen wurden endgültig bis zum Parteitag Ende November erstickt.

Die „erneuerte“ SPD-Führung ist entschlossen, die bürgerliche Koalitionsregierung Merkel mit ihrer verschärften Fortsetzung der Politik, die verheerenden Kosten der Krise auf die ArbeitnehmerInnen und ihre Familien abzuwälzen, mit „sozialverträglichen Korrekturen“ zu begleiten.

So unterstützt sie weiterhin die Politik, die staatlichen Haushalte und Arbeitnehmersozialkassen um immer neue und mehr Milliarden zu plündern. Mit diesen Milliarden wird zur Rettung der Unternehmerprofite die sich bedrohlich ausweitende Demontage der Industrieproduktion, Hunderttausender Arbeitsplätze, der Arbeitszeiten und Löhne finanziert. Mit weiteren Milliarden aus den gleichen Töpfen werden die den Arbeitslosen aufgezogenen Billig- und Dumpinglöhne subventioniert.

Der Gewerkschaftspräsident Trumka ruft die amerikanischen Arbeiter und Gewerkschaften auf: „Es ist Zeit, wie niemals zuvor, sich zu organisieren und zu mobilisieren, dafür dass jeder gewählte Vertreter oder Kandidat für Wahlen darauf verpflichtet wird und beweist, dass er oder sie die Arbeitsplätze schafft, die wir brauchen.“

Die ArbeitnehmerInnen in Deutschland müssen einen solchen Aufruf von den Gewerkschaftsverantwortlichen seit

längerer Zeit vermissen. GewerkschaftlerInnen und SozialdemokratInnen in Hessen, wie zuvor in NRW, haben die Initiative ergriffen für die Organisation einer politischen Kraft zum Kampf für ein staatliches Eingreifen nicht für den Abbau der Arbeitsplätze, sondern für deren Schutz.

„Die Regierungsgewalt muss eingesetzt werden zum Schutz aller Arbeitsplätze!“

Wir alle haben zu lange die bittere Erfahrung gemacht, dass es keinen anderen Weg gibt, um unsere Arbeitsplätze und die Betriebe zu verteidigen, die Lebensgrundlage der Arbeitnehmerfamilien, der Städte und des Landes. (...)

Wäre es nicht die Verantwortung der historischen Arbeiterpartei SPD, sich an die Spitze einer vereinten Mobilisierung der ArbeitnehmerInnen und ihrer Organisationen zu stellen und einen entsprechenden Gesetzesvorschlag mit sofortiger Wirkung in den Landtag einzubringen? Doch die SPD-Führung entscheidet gegen diesen Kampf. (...)

Ihre Weigerung kann für uns weder Grund noch Hindernis sein, in eigener Verantwortung zu handeln und uns zu versammeln, für den Aufbau einer politischen Kraft für eine solche Mobilisierung.

Die Weigerung der Führung ist kein Grund, nicht weiterhin dafür einzutreten, dass die SPD auf den politischen Kampf für die Verteidigung der Arbeitsplätze verpflichtet wird“, schreiben Kollegen aus NRW, die zu einer Konferenz am 13. März in Bochum zur Diskussion dieser Fragen einladen.

CARLA BOULBOULLÉ

Udo Eisner (DL, IGM)

Hartz IV – Ein weiterer Verrat an sozialdemokratischer Politik!

Diesen Verrat hat der ehem. Bundeskanzler Gerhard Schröder am 28. Januar 2005 auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Davos ganz offen bestätigt. Zitat: „(...) Wir müssen und wir haben unseren Arbeitsmarkt liberalisiert. Wir haben einen der besten Niedriglohnsektoren aufgebaut, den es in Europa gibt (...)!“ Das war der eigentlichen Grund für die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe und die Schaffung eines Gesetzes (SGB II), dass im Volksmund nach einem verurteilten Straftäter (Hartz) Benannt wird. Zur Schaffung des größten Niedriglohnsektors in der EU wurde das SGB II als Kombilohn-Modell konzipiert (§§10,11 und 30), wobei die Zumutbarkeit im § 10 SGB II allein auf sittenwidrige Löhne gesenkt wurde (also

Löhne, die unterhalb von mehr als 30% unterer Tariflöhne liegen). Bruttolöhne von unter 5 bis 6 €/Std. wurden damit als zumutbar deklariert. Das nennen Politiker dann „Mindesteinkommen“, obwohl es sich trotz Vollzeitstätigkeit eigentlich um einen Armutslohn handelt. Da man davon aber nicht leben kann, werden ergänzende Sozialleistungen gewährt. Von diesen sog. „Aufstockern“, gibt es in der Bundesrepublik Deutschland zwischenzeitlich 1,3 Millionen Beschäftigte, Tendenz steigend! Na, das freut doch jeden Unternehmer, der Gewinn kann nun endlich explodieren! Hinzu kommt noch die „Zuverdienstmöglichkeit“ für ALG II – Empfänger, die sog. 1 - Euro Jobs, die ein Vernichtungsprogramm für reguläre sozialversicherungs-

pflichtige Beschäftigung darstellen. Für die Realisierung dieses unsozialen und unsozialdemokratischen Regelwerkes bediente sich die SPD-Führung so „hervorragender“ neoliberaler Denker wie beispielsweise Wolfgang Clement und Florian Gerster (ehem. Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, jetzt Arbeitgebervertreter und immer noch SPD-Mitglied). Einen gesellschaftspolitischen Grund für die Einführung des SGB II gab es nicht, aber Forderungen von Unternehmensverbänden, denen man sich beugte. Leider haben (oder wollten) die Gewerkschaften den Pferdefuß nicht erkannt (erkennen). Wie soll man sich die Inaktivität im Vorfeld der Gesetzgebung ansonsten erklären?

31.01.2010